



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 15. Dezember 2019, Nr. 24

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Verwaltungsanordnung über die Organisation der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel.....	391
Organisation des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen.....	392
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Arbeitsgerichtsbarkeit (ArbG-Statistik).....	394
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsggerichts (B-Statistik).....	394
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik).....	395
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik).....	395
Übersicht über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Jahr 2018.....	395

Bekanntmachungen

Bekanntmachung des Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Lande Nordrhein-Westfalen.....	410
Hauptpersonalrat der Justiz - allgemein - bei dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen.....	410

Personalnachrichten	410
----------------------------------	-----

Ausschreibungen	414
------------------------------	-----

Allgemeine Verfügungen

Verwaltungsanordnung über die Organisation der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel AV d. JM vom 26. März 1996 (2322 - V. 50) in der Fassung vom 28. November 2019

- JMBl. NRW S. 392-

I.

Die AV d. JM vom 26. März 1996 (2322 - I B. 1) - JMBl. NRW S. 105 zuletzt geändert durch AV d. JM vom 25. September 2017 (2322 - V. 50) - JMBl. NRW S. 272 wird wie folgt geändert:

Abschnitt I Nr. 1 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Bad Münstereifel sowie Nebenstellen in Monschau und Essen ist eine Einrichtung des Landes.

In Abschnitt I Nr. 2 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Justizministerium“ durch die Worte „für die Justiz zuständige Ministerium“ ersetzt.

II.

Die AV tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Organisation des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen AV d. JM vom 9. Dezember 2019 (2322 - V. 47)

- JMBl. NRW S. 392 -

1. Organisation des Ausbildungszentrums der Justiz

1. 1

Allgemeine Bestimmungen

1.1.1

Das Ausbildungszentrum der Justiz mit dem Sitz in Bad Münstereifel und Nebenstellen in Monschau und Essen ist eine Einrichtung des Landes. Es führt die Bezeichnung „Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen“.

1.1.2

Das Ausbildungszentrum der Justiz ist der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen angegliedert.

1.1.3

Das Ausbildungszentrum der Justiz führt das Landeswappen gemäß § 2 Abs. 1 Buchstabe f) der Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16. Mai 1956 (SGV. NRW. 113). Die Umschrift des kleinen Landessiegels lautet:

„Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen“.

1.1.4

Das Ausbildungszentrum der Justiz untersteht der unmittelbaren Dienst- und Fachaufsicht des für Justiz zuständigen Ministeriums.

1.2

Aufgaben des Ausbildungszentrums der Justiz

1.2.1

Das Ausbildungszentrum der Justiz ist nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zuständig für die Gestaltung und Durchführung der jeweils vorgeschriebenen theoretischen Lehrgänge im Rahmen der Ausbildungsgänge für den Gerichtsvollzieherdienst, für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, des Justizdienstes, und den Justizwachtmeisterdienst. Das Ausbildungszentrum der Justiz gestaltet die für die berufliche Entwicklung innerhalb der Laufbahngruppe 1 und die für den prüfungserleichterten Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, des Justizdienstes jeweils vorgeschriebenen Lehrgänge und führt sie durch. Es wirkt nach Weisung des für Justiz zuständigen Ministeriums an der Ausbildung der Justizfachangestellten mit.

1.2.2

Nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung sowie nach Weisung des für Justiz zuständigen Ministeriums nimmt das Ausbildungszentrum der Justiz ferner Aufgaben im Zusammenhang mit der Gestaltung und Durchführung begleitender Lehrveranstaltungen zur praktischen Ausbildung (Begleitunterricht) wahr; dasselbe gilt für den planmäßigen Unterricht im Rahmen der für die berufliche Entwicklung innerhalb der Laufbahngruppe 1 sowie beim prüfungserleichterten Aufstieg vorgeschriebenen praktischen Einweisung.

1.2.3

Das Ausbildungszentrum der Justiz nimmt nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung sowie nach Weisung des für Justiz zuständigen Ministeriums der Justiz auch solche Aufgaben wahr, die im Zusammenhang mit der Organisation von Prüfungen stehen, welche im Rahmen der unter 1.2.1 aufgeführten Ausbildungsgänge abzulegen sind.

1.2.4

Dem Ausbildungszentrum der Justiz können durch das für Justiz zuständige Ministerium weitere Ausbildungsaufgaben übertragen werden. Es führt für die Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen Fortbildungsveranstaltungen durch. Auch für andere Träger kann es Fortbildungsveranstaltungen durchführen.

1.3

Leitung; Geschäftsleitung

1.3.1

Das Ausbildungszentrum der Justiz wird von der Direktorin oder dem Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen geleitet. Sie oder er führt im Schriftverkehr in Angelegenheiten des Ausbildungszentrums der Justiz die Bezeichnung „Die Leiterin des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen“ bzw. „Der Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen“.

1.3.2

Stellvertreterin oder Stellvertreter der Leiterin bzw. des Leiters des Ausbildungszentrums der Justiz ist die ständige Vertreterin bzw. der ständige Vertreter der Direktorin bzw. des Direktors der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen. Sie oder er zeichnet im Schriftverkehr in Angelegenheiten des Ausbildungszentrums der Justiz mit dem Zusatz „In Vertretung“; Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zeichnen mit dem Zusatz „Im Auftrag“.

1.3.3

Die Leiterin oder der Leiter vertritt das Ausbildungszentrum der Justiz nach außen. Ihr oder ihm obliegt die Leitung sowie die selbstständige Verwaltung des Ausbildungszentrums der Justiz. Dies schließt insbesondere die Leitung der Lehrgänge sowie die Verteilung der Lehraufgaben auf die Lehrkräfte ein. Sie oder er ist Vorgesetzte bzw. Vorgesetzter der Lehrkräfte sowie der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

1.3.4

Die Leiterin oder der Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz ist Beauftragte bzw. Beauftragter für den Haushalt des Ausbildungszentrums der Justiz.

1.3.5

Die Lehrpausen zur Abwicklung des Erholungsurlaubs der hauptamtlichen Lehrkräfte legt die Leiterin oder der Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz fest.

1.3.6

Zur Unterstützung der Leiterin oder des Leiters des Ausbildungszentrums der Justiz bestellt das für Justiz zuständige Ministerium eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter.

1.4

Lehrkräfte

1.4.1

Die hauptamtlichen Lehrkräfte des Ausbildungszentrums der Justiz werden durch das für Justiz zuständige Ministerium bestellt.

1.4.2

Die nebenamtlichen Lehrkräfte des Ausbildungszentrums der Justiz werden durch dessen Leiterin oder dessen Leiter bestellt.

1.4.3

Die Leiterin oder der Leiter des Ausbildungszentrums der Justiz kann nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung Lehrkräfte mit Aufgaben der Lehrgangsführung betrauen.

1.5

Sonstiges

Die für die Justizbehörden bisher erlassenen und künftig ergehenden Verwaltungsvorschriften gelten auch für das Ausbildungszentrum der Justiz.

2.

Diese AV tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

3.

Die AV d. JM vom 12. September 2003 (2322 - APr. 47) - JMBl. NRW S. 230 - in der Fassung vom 13. Dezember 2006 (2322 - V. 47) - JMBl. NRW 2007 S. 24 - wird aufgehoben.

**Anordnung über die
Erhebung von statistischen Daten
in der Arbeitsgerichtsbarkeit (ArbG-Statistik)**

AV d. JM vom 27. November 2019 (1440 - I. 23)

- JMBl. NRW S. 394 -

Die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Arbeitsgerichtsbarkeit (ArbG-Statistik) wird in der neuen Fassung (Stand: 1. Januar 2020) zum 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die AV d. JM vom 16. November 2017 (1440 - I. 23) – JMBl. NRW 2017 S. 309 – außer Kraft.

**Anordnung über die
Erhebung von statistischen Daten
in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik)**

AV d. JM vom 4. Dezember 2019 (1440 – I. 16 VGU Sdb.)

- JMBl. NRW S. 395 -

Die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik) wird in der Fassung (Stand: 1. Januar 2020) zum 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die AV d. JM vom 20. Oktober 2017 (1440 - I. 16 VGU Sdb.) – JMBl. NRW 2017 S. 288 – außer Kraft.

**Anordnung über die
Erhebung von statistischen Daten
in Familiensachen (F-Statistik)**

AV d. JM vom 9. Dezember 2019 (1440 – I. 10)

- JMBl. NRW S. 395 -

Die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) wird in der neuen Fassung (Stand: 1. Januar 2020) zum 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die AV d. JM vom 25. September 2018 (1440 - I. 10) – JMBl. NRW 2018 S. 253 – außer Kraft.

**Anordnung über die
Erhebung von statistischen Daten
in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)**

AV d. JM vom 9. Dezember 2019 (1440 - I. 9)

- JMBl. NRW S. 395 -

Die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik) wird in der neuen Fassung (Stand: 1. Januar 2020) zum 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die AV d. JM vom 8. November 2017 (1440 - I. 9) – JMBl. NRW 2017 S. 308 – außer Kraft.

**Übersicht über den Geschäftsanfall
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
im Jahr 2018**

Bekanntmachung des JM
vom 05.12.2019 (1441 E - I. 1/19) - JMBl. NRW S.395 -
(Letzte Übersicht für das Jahr 2017 im JMBl. NRW 2018, S. 172 ff.)

Teil I. Amtsgerichte**A. Zivilsachen****I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten**

	2016	2017	2018
1. Mahnsachen	1.463.588	1.510.058	1.467.798
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	248.593	240.082	240.230
2. Erledigte Verfahren	258.004	241.552	237.596
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	110.970	109.500	112.134
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	258.004	241.552	237.596
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	30	32	28
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	171	171	123
3. Klageverfahren	245.910	230.342	227.129
4. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	8.125	8.052	7.132
5. Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen -small claims- vgl. §§ 1097 ff. ZPO	63	78	165
6. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	3.705	2.877	3.019
3. Verteilungsverfahren	7	10	45
4. Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	9.809	8.242	7.066
5. Zwangsverwaltungen	1.900	1.462	1.031
6. Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungssachen	640.193	617.786	624.986
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Streitverfahrens	3.677	3.099	2.703

II. Insolvenzverfahren

Eröffnete

1. Insolvenzverfahren	7.087	6.585	6.259
2. Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren	20.498	18.794	17.981
3. Insolvenzverfahren nach Europäischen Recht	11	10	4

B. Familiensachen

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	152.138	143.952	139.801
2. Erledigte Verfahren	158.041	147.297	141.244
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	86.541	82.769	81.348
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	158.041	147.297	141.244

davon waren			
1. Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 5 aufgeführt)	126.788	118.421	113.250
2. abgetrennte Folgesache(n)	2.121	1.932	1.749
3. einstweilige Anordnungen	28.775	26.621	25.884
4. Abhilfeverfahren	1	-	1
5. Lebenspartnerschaftssachen	356	323	360
c) Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrensgegenständen anhängig	212.136	198.588	190.562
davon betrafen			
1. Scheidung	43.262	41.177	39.733
2. andere Ehesache	79	84	79
3. Versorgungsausgleich	44.266	41.438	39.776
4. Unterhalt für das Kind	17.135	16.145	14.124
5. Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	10.522	9.704	8.839
6. sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	577	556	539
7. Ehemwohnung und/oder Haushalt	2.197	1.986	1.959
8. Güterrechtssache	3.563	3.336	3.180
9. elterliche Sorge	46.126	41.217	39.429
10. Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	13.370	13.312	13.104
11. Kindesherausgabe	1.158	1.171	1.171
12. freiheitsentziehende Unterbringung nach § 1631b Abs. 1 BGB	3.333	3.851	3.770
13. freiheitsentziehende Unterbringung nach § 1631b Abs. 2 BGB	/	/	954
14. Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	144	200	267
15. sonstige Kindschaftssache	2.917	1.174	849
16. Abstammungssache	3.450	3.402	3.207
17. Adoptionssache	2.649	2.739	2.703
18. Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	10.743	10.677	10.646
19. Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	2.606	2.816	2.691
20. Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	339	308	349
21. sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	3.281	2.939	2.803
22. weitere Familiensache	419	356	390
d) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter waren			
- vereinfachte Unterhaltsverfahren	5.995	5.510	8.773
- sonstige FH-Verfahren	482	430	463
e) Vormundschaften und Pflegschaften (Am Jahresende blieben anhängig)			
- Vormundschaften	28.803	24.682	21.264
- Pflegschaften (ohne Ergänzungspflegschaften für einzelne Rechtshandlungen)	9.819	13.318	13.241
<u>C. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>			
1. Standesamtssachen	1.661	1.694	1.943
2. Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	123	121	74
3. Erledigungen von Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz			
a) Berechtigungsschein erteilt auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtsuchenden	135.396	131.518	126.384
b) Beratungshilfe bewilligt und/oder Berechtigungsschein erteilt auf			

	einen mit anwaltlicher Hilfe gestellten Antrag	53.777	47.790	40.321
c)	Antrag auf Erteilung eines Berechtigungsscheines schriftlich zurückgewiesen	13.938	15.915	14.838
d)	Übermittlung oder Ablehnung eines Ersuchens gem. § 10 Abs. 3 BerGH	907	72	57
4.	Art der durch die Rechtsanwaltschaft gewährte Beratungshilfe			
a)	Beratung und Auskunft (Nr. 2501, 2502 VV RVG)	31.284	30.541	28.452
b)	Vertretung (Nr. 2503 - 2507 VV RVG)	90.434	85.728	78.740
c)	Mitwirkung an der Einigung oder Erledigung der Rechtssache (Nr. 2508 VV RVG)	11.298	9.743	8.089
5.	Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	7.479	7.333	6.921
6.	Grundbuchsachen eingereichte Urkunden betreffend Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung			
a)	der Berechtigung am Erbbaurecht Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und	319.724	317.037	320.356
b)	III	733.705	700.808	694.419
c)	Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	13.042	12.471	11.865
7.	Nachlass- und Teilungssachen			
a)	Testamentsachen (IV)	113.114	113.172	113.849
b)	Sonstige Nachlasssachen (VI)	131.313	133.801	141.323
8.	Am Jahresschluss blieben anhängig			
a)	Betreuungen (2016: Umstellung der Statistik)	281.891	280.783	282.546
b)	Pflegschaften des Betreuungsgerichts (2016: Umstellung der Statistik)	250	294	309
	Gesamtzahl	282.729	281.077	282.855
9.	Verfahren auf betreuungsgerichtliche Genehmigung, zur Unterbringung oder Anordnung der Unterbringung oder einer ärztl. Zwangsm. (2016: Umstellung Statistik)	61.645	64.712	65.823
10.	Andere betreuungsgerichtliche Angelegenheiten ohne Verfahren nach § 340 Nr. 1 FamFG (2016: Umstellung der Statistik)	469	137	KA
11.	Betreuungen (2016: Umstellung der Statistik)	75.618	73.023	74.284
12.	Registersachen			
a)	Eingetragene Vereine			
	Eintragungen	2.615	2.512	2.491
	Löschungen	1.981	1.941	2.324
	Bestand am Jahresende	119.969	120.547	120.718
b)	Güterrechtsregister			
	Eintragungen	88	80	62
	Löschungen	26	31	16
c)	Partnerschaftsregister			
	Eintragungen	304	301	251
	Löschungen	74	70	89
	Bestand am Jahresende	2.752	2.983	3.145
	Eintragungen ins Handelsregister A			
d)	Einzelkaufmänner/Einzelkauffrauen			
	Eintragungen	1.447	1.436	1.453
	Löschungen	1.888	1.834	1.899
	Bestand am Jahresende	33.179	32.787	32.349
e)	Offene Handelsgesellschaften			
	Eintragungen	333	295	315
	Löschungen	422	402	389
	Bestand am Jahresende	4.975	4.871	4.797
f)	Kommanditgesellschaften			

	Eintragungen	3.621	3.662	3.454
	Löschungen	2.925	2.793	2.904
	Bestand am Jahresende	59.124	60.003	60.559
g)	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung			
	Eintragungen	9	1	7
	Löschungen	7	5	4
	Bestand am Jahresende	52	47	50
h)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRA			
	Eintragungen	4	2	2
	Löschungen	2	1	3
	Bestand am Jahresende	30	31	29
i)	HRA Juristische Personen			
	Eintragungen	3	3	4
	Löschungen	8	5	4
	Bestand am Jahresende	190	188	188
	Eintragungen ins Handelsregister B			
k)	Aktiengesellschaften			
	Eintragungen	100	106	115
	Löschungen	188	165	160
	Bestand am Jahresende	2.565	2.505	2.459
l)	Kommanditgesellschaften auf Aktien			
	Eintragungen	3	6	7
	Löschungen	4	5	2
	Bestand am Jahresende	56	57	62
m)	Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	Eintragungen	20.301	20.723	21.440
	Löschungen	14.687	14.592	14.604
	Bestand am Jahresende	264.477	270.616	277.636
n)	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit			
	Eintragungen	2	2	2
	Löschungen	1	1	1
	Bestand am Jahresende	24	23	24
o)	Europäische Aktiengesellschaften (SE)			
	Eintragungen	12	15	18
	Löschungen	9	10	5
	Bestand am Jahresende	103	108	121
p)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRB			
	Eintragungen	203	140	123
	Löschungen	327	301	274
	Bestand am Jahresende	2.182	2.027	1.882
r)	Eingetragene Genossenschaften			
	Eintragungen	37	51	43
	Löschungen	31	67	36
	Bestand am Jahresende	991	974	982
s)	Musterregister			
	Löschungen	-	14	12
t)	Seeschiffe			
	Eintragungen	36	23	35
	Löschungen	29	20	29
	Bestand am Jahresende	768	771	777
u)	Binnenschiffe			
	Eintragungen	22	33	27
	Löschungen	46	57	25
	Bestand am Jahresende	1.794	1.442	1.444
13.	Kirchenaustritte	70.717	72.588	88.510
14.	Unterbringungssachen			

a) auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung	2.319	4.639	3.748
b) darunter Verfahren über Abschiebehaft gem. § 62 AufenthG sowie über Haft nach § 15 Abs. 5 und § 57 Abs. 3 AufenthG	1.477	3.435	2.329
15. Landwirtschaftssachen	3.791	3.668	3.570
<u>D. Hinterlegungssachen</u>			
Zahl der anhängig gewordenen Sachen	12.489	12.474	12.551
<u>E. Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
<u>I. Strafsachen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	188.773	184.960	181.648
2. Erledigte Verfahren	185.619	186.833	180.150
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	63.793	61.920	63.418
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	185.619	186.833	180.150
darunter waren			
1. Anklagen	152.203	152.683	146.981
2. Beschleunigte Verfahren	1.902	1.912	2.067
3. Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	840	823	740
4. Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3 StPO	2.782	2.616	2.377
5. Einsprüche gegen von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafbefehle	26.684	27.624	26.881
6. Privatklageverfahren	54	60	47
7. Objektive Verfahren	4	6	37
8. Nachverfahren nach § 439 StPO	47	51	59
9. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	23	31	15
10. Sicherungsverfahren	9	2	12
c) Urteile	69.640	69.755	67.367
d) Hauptverhandlungen	141.714	144.876	140.754
<u>II. Bußgeldverfahren</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	79.752	79.960	86.281
2. Erledigte Verfahren	77.716	80.256	82.736
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	23.130	22.834	26.379
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	77.716	80.256	82.736
darunter waren			
Einspruch gegen Bußgeldbescheid	77.522	79.856	82.466
c) Urteile	20.329	22.359	22.659
d) Verfahren mit Hauptverhandlung	38.327	41.563	42.084
e) Erzwingungshafnanträge	128.933	126.475	118.808

F. Rechtshilfesachen in Angelegenheiten der freiwill. Gerichtsbarkeit*(seit 2016 ohne die an das Betreuungsgericht gerichteten Rechtshilfeersuchen)*

1. Ersuchen an das Amtsgericht	28.875	25.118	25.002
davon Zuständigkeit			
a) des Richters	11.451	8.989	9.090
b) des Rechtspflegers	17.424	16.129	15.912
2. Ersuchen an die Geschäftsstelle	50.345	47.172	50.284

Teil II. Landgerichte**A. Zivilsachen****I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in 1. Instanz**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	76.282	72.983	80.157
2. Erledigte Verfahren	75.723	72.608	71.911
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	66.260	66.623	75.052
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	75.723	72.608	71.911
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	1	-	2
2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	193	237	182
3. Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG) (nur bis einschließlich 2016)	41	/	/
4. Klageverfahren	68.500	65.307	65.361
5. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	3.801	4.364	3.932
6. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	3.187	2.700	2.434

II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	11.877	10.740	10.126
2. Erledigte Verfahren	12.617	11.055	10.297
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	6.333	6.017	5.854
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	12.617	11.055	10.297
davon waren			
1. Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO	1	-	-
2. Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	-	1	-
3. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	15	36	27
4. Berufungsverfahren	12.595	11.015	10.259

5. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	6	3	11
<u>III. Beschwerden</u>			
Eingänge insgesamt	23.861	23.217	20.967
davon waren			
1. Betreuungsbeschwerden	2.085	1.979	1.996
2. Beschwerden in Insolvenzsachen	1.000	902	877
3. Beschwerden in Kostensachen	1.258	1.088	901
4. Beschwerden in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsrechtlichen Zuweisungssachen	1.641	1.914	2.262
5. Beschwerden nach § 15 Absatz 2 BNotO	112	91	59
6. Sonstige Beschwerden	17.765	17.243	14.872
<u>B. Strafsachen</u>			
<u>I. Strafsachen in 1. Instanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.574	3.480	3.698
2. Erledigte Verfahren	3.521	3.493	3.598
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.152	2.138	2.234
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.521	3.493	3.598
darunter waren			
1. Anklagen	2.919	2.867	2.873
2. Objektive Verfahren	-	1	5
3. Nachverfahren nach § 439 StPO	3	1	2
4. Sicherungsverfahren	148	185	176
5. Vorlagen/Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	298	279	360
6. Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	6	8	16
c) Urteile	2.131	2.194	2.237
d) Hauptverhandlungen	2.433	2.491	2.495
<u>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	11.184	11.109	10.396
2. Erledigte Verfahren	10.587	11.083	10.818
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.593	4.611	4.188
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	10.587	11.083	10.818
darunter waren			
1. Officialverfahren	10.412	10.906	10.653
2. Privatklageverfahren	-	-	3
c) Urteile	4.996	5.082	5.094
d) Hauptverhandlungen	8.771	9.075	9.093
<u>III. Beschwerden</u>			

Eingänge	7.953	7.911	7.719
<u>IV. Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer</u>			
Verfahren nach §§ 462 a, 463 StPO vor der			
1. großen	2.509	2.301	2.336
2. kleinen	23.113	23.030	23.097
Strafvollstreckungskammer			
<u>Teil III. Staatsanwaltschaften</u>			
<u>A. Ermittlungsverfahren</u>			
a) Geschäftsentwicklung (Js-Sachen)			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.181.461	1.137.170	1.146.937
2. Erledigte Verfahren	1.169.421	1.116.429	1.146.877
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	160.282	181.000	181.031
davon			
aa) staatsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	581.469	568.432	582.998
2. Erledigte Verfahren	574.800	556.786	597.816
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	92.811	104.438	107.606
bb) amtsanwaltliche Dezernate			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	599.992	568.738	563.939
2. Erledigte Verfahren	594.621	559.643	567.061
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	67.471	76.562	73.425
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	1.169.421	1.116.429	1.146.877
davon wurden beendet durch			
1. Anklage vor dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	2.309	2.243	2.430
2. Anklage vor dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	15.976	15.119	15.321
3. Anklage vor dem Strafrichter, dem Jugendrichter	116.442	112.534	109.724
4. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	113.659	107.250	106.992
5. Einstellung oder Zurückweisung	701.694	663.429	673.960
6. Antrag auf Entscheidung im beschleunigtem Verfahren	1.987	2.023	2.129
7. Antrag auf vereinfachtes Jugendverfahren	851	777	661
8. Andere Art der Erledigung	216.503	213.054	235.660
c) Verfahren wegen Verkehrsstraftaten	185.273	181.503	184.544
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1.364.940	1.306.102	1.334.502
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	151.040	145.170	142.553
2. gegen die Strafbefehl beantragt wurde	115.107	108.586	108.162
3. bezüglich derer sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	1.098.793	1.052.346	1.083.787
e) Die erledigten Verfahren betrafen			
1. 1 Beschuldigten	1.032.668	985.131	1.014.846
2. 2 Beschuldigte	104.566	99.900	101.307
3. 3 Beschuldigte	20.034	19.675	19.388
4. 4 bis 10 Beschuldigte	11.787	11.277	10.982
5. 11 und mehr Beschuldigte	366	444	337

f) Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs-Sachen)	926.257	861.719	870.064
g) Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	79.391	81.067	85.434
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>			
a) Gnadensachen	2.882	2.673	2.531
b) Entschädigungssachen nach dem StrEG	625	613	640
c) Zivilsachen	10	10	4
d) Rechtshilfesachen	12.803	12.856	11.339
e) Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	265.226	265.907	256.964
<u>Teil IV. Oberlandesgericht</u>			
<u>A. Zivilsachen</u>			
<u>I. Berufungen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	11.329	11.121	11.853
2. Erledigte Verfahren	11.372	10.946	11.610
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	8.662	8.837	9.080
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	11.372	10.946	11.610
davon waren			
1. Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufung gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	52	125	306
2. Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	124	114	146
3. Berufungsverfahren	11.190	10.701	11.156
4. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	6	6	2
<u>II. Beschwerden</u>			
Eingänge	7.965	6.213	6.753
davon waren			
1. Beschwerden in Landwirtschaftssachen	82	52	43
2. Verfahren nach § 23 EGGVG	41	53	102
3. Nachlassbeschwerden	637	582	566
4. Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (außer Nachlassbeschwerden) einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO sowie Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)	812	626	450
5. Sonstige Beschwerden	6.393	4.900	5.592
<u>B. Familiensachen</u>			
<u>I. Beschwerden gegen Endentscheidungen</u>			
a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	6.071	5.342	5.203

2. Erledigte Verfahren	6.251	5.690	5.189
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.260	1.908	1.911
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	6.251	5.690	5.189
davon waren			
1. Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 4 aufgeführt)	5.579	5.021	4.525
2. Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	659	637	661
3. Abhilfeverfahren	9	28	1
4. Lebenspartnerschaftssachen	4	4	2
c) Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrensgegenständen anhängig	6.371	5.853	5.281
davon betrafen			
1. Scheidung	196	203	133
2. andere Ehesachen	8	5	3
3. Versorgungsausgleich	1.532	1.244	1.157
4. Unterhalt für das Kind	894	839	691
5. Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	808	705	656
6. sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	55	36	28
7. Ehwohnung und/oder Haushalt	116	112	80
8. Güterrechtssache	246	262	232
9. elterliche Sorge	1.420	1.361	1.300
10. Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	394	356	354
11. Kindesherausgabe	60	80	66
12. freiheitsentziehende Unterbringung nach § 1631b Absatz 1 BGB	37	40	28
13. freiheitsentziehende Unterbringung nach § 1631b Absatz 2 BGB	/	/	12
14. Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	-	4	5
15. sonstige Kindschaftssache	15	18	10
16. Abstammungssache	57	57	46
17. Adoptionssache	31	24	30
18. Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	182	167	188
19. Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	14	7	20
20. Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	-	2	-
21. sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	270	312	224
22. weitere Familiensache	36	19	18
d) Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	53	69	42
<u>II. Sonstige Beschwerden</u>			
Eingänge			
1. Verfahrenskostenhilfe	4.868	4.382	4.108
2. Aussetzung des Scheidungsverfahrens	3	-	-
3. Wert des Verfahrensgegenstandes	336	311	346
4. Kostenangelegenheit	647	688	588
5. sonstige Angelegenheit	1.447	1.413	1.388
<u>C. Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
<u>I. Strafsachen in 1. Instanz</u>			
Eingänge (Geschäftsfall)	11	12	9

II. Revisionen und Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.791	3.991	3.892
2. Erledigte Verfahren	3.815	3.998	3.946
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	369	361	307
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.815	3.998	3.946
davon waren			
1. Officialverfahren	1.293	1.237	1.224
2. Privatklageverfahren	-	-	-
3. Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	986	1.113	1.101
4. Zulassungsanträge	1.536	1.648	1.621
c) Urteile (nur bei Revisionsinstanz)	27	18	25
d) Verfahren mit Hauptverhandlung (nur bei Revisionsinstanz)	30	19	26

Teil V. Generalstaatsanwaltschaften**A. Ermittlungsverfahren OJs**

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	44	91	43
2. Erledigte Verfahren	13	35	60
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	54	110	93
b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	13	35	60
davon wurden erledigt			
1. durch Anklage vor dem Oberlandesgericht	1	8	4
2. durch Einstellung oder Zurückweisung	5	23	50
3. auf sonstige Weise	7	4	6
c) Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	17	76	74
davon Zahl der Personen,			
1. gegen die angeklagt wurde	1	11	5
2. bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	16	65	69

B. Sonstige Tätigkeit

a) Revisionen	1.318	1.301	1.302
b) Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	964	1.094	1.014
c) Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	3.806	3.974	3.731
d) Beschwerden gegen Bescheide von Staats- / Rechtsanwälten	7.756	7.439	7.181
e) Haftprüfungsverfahren	309	343	382
f) Aus- und Durchlieferungsverfahren	1.110	1.264	1.119
g) Gnadensachen	7	22	79
h) Entschädigungssachen nach dem StrEG	493	489	501

Teil VI. Verwaltungsgerichte

A. Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	61.702	84.626	44.856
2. Erledigte Verfahren	44.295	51.922	53.473
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	44.275	76.980	68.363

B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	704	822	930
2. Erledigte Verfahren	698	708	810
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	225	339	459
b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	18.438	24.736	15.959
2. Erledigte Verfahren	17.467	24.264	16.505
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.393	2.865	2.319

C. Sonstige Verfahren

1. Vollstreckungsverfahren	735	818	757
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	257	307	258

Teil VII. Oberverwaltungsgericht**A. Erstinstanzliche Hauptverfahren**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsfall)	88	98	105
2. Erledigte Verfahren	107	85	97
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	140	153	161

B. Berufungen**Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren**

Geschäftsentwicklung

1. Eingänge (Geschäftsfall)	2.955	3.566	5.404
2. Erledigte Verfahren	3.071	3.592	4.517
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.677	2.651	3.538

C. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung

a) der Numerus-clausus-Sachen			
1. Eingänge (Geschäftsfall)	45	65	76
2. Erledigte Verfahren	48	63	76
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3	5	5

b) der sonstigen Verfahren			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.524	1.639	1.866
2. Erledigte Verfahren	1.481	1.663	1.759
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	380	356	463
<u>D. Sonstige Verfahren</u>			
1. Sonstige Beschwerden	1.119	1.114	1.173
2. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	22	37	21
<u>Teil VIII. Finanzgerichte</u>			
<u>A. Klagen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	9.752	9.265	9.396
2. Erledigte Verfahren	10.221	9.780	9.273
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	11.318	10.802	10.925
<u>B. Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.571	1.397	1.413
2. Erledigte Verfahren	1.615	1.406	1.411
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	252	243	245
<u>Teil IX. Sozialgerichte</u>			
<u>A. Klagen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	80.052	77.580	89.384
2. Erledigte Verfahren	75.764	76.556	77.475
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	88.232	89.150	100.739
<u>B. Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	8.569	7.839	7.431
2. Erledigte Verfahren	8.492	7.903	7.340
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	893	824	882
<u>Teil X. Landessozialgericht</u>			
<u>A. Berufungen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	4.086	3.920	3.657
2. Erledigte Verfahren	3.912	3.899	3.813
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.906	4.922	4.760
<u>B. Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz</u>			
Geschäftsentwicklung			

1. Eingänge (Geschäftsanfall)	38	24	24
2. Erledigte Verfahren	37	25	22
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	7	6	8
<u>C. sonstige Beschwerden</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.998	2.770	2.617
2. Erledigte Verfahren	2.998	2.864	2.709
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	816	712	608
<u>Teil XI. Arbeitsgerichte</u>			
<u>A. Klagen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	84.212	78.131	77.903
2. Erledigte Verfahren	85.079	80.777	76.617
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	24.080	21.933	22.905
<u>B. Beschlussverfahren</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	2.686	2.061	2.155
2. Erledigte Verfahren	2.738	2.267	1.990
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	881	673	828
<u>Teil XII. Landesarbeitsgerichte</u>			
<u>A. Berufungen</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	3.467	3.648	3.151
2. Erledigte Verfahren	3.802	3.426	3.238
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.945	2.167	2.040
<u>B. Beschwerdeverfahren in Beschusssachen nach §§ 87, 100 Abs. 2 ArbGG</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	356	289	293
2. Erledigte Verfahren	384	329	279
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	162	122	136
<u>C. Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG</u>			
Geschäftsentwicklung			
1. Eingänge (Geschäftsanfall)	1.736	1.415	1.231
2. Erledigte Verfahren	1.702	1.520	1.297
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	331	235	233

Bekanntmachungen

Bekanntmachung des Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Land Nordrhein-Westfalen vom 19. November 2019

- JMBI. NRW S. 410 -

Wechsel im Amt des Geschäftsführers

Rechtsanwalt Frank Lange, Dortmund, der als Geschäftsführer des Versorgungswerks ab dem 01.10.1993 tätig war, wird sein Amt zum 31.12.2019 niederlegen und zum 01.04.2020 in den Ruhestand treten.

Zu seiner Nachfolgerin hat der Präsident auf Beschluss des Vorstandes Rechtsanwältin Susanne Prossliner, Pulheim, bestellt, die ihr Amt als Geschäftsführerin des Versorgungswerkes am 01.01.2020 antreten wird.

Dr. Christoph Meyer-Rahe
Präsident

Hauptpersonalrat der Justiz - allgemein - bei dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

Bekanntmachung d. JM vom 29. November 2019

(2700 - Z. 1) - JMBI. NRW S. 410 -

Justizamtsrat Stephan Emmmler ist nach Eintritt in den Ruhestand mit Wirkung vom 22.05.2019 aus dem Hauptpersonalrat bei dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeschieden.

Als weiteres Mitglied ist
Justizoberwachtmeister Marko David, Amtsgericht Aachen, nachgerückt.

Personalnachrichten

Ministerium der Justiz

Ernannt:

z. **Ministerialrätin (B 3)**: Richterin am FG Katharina Wagner.

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Direktor des Amtsgerichts - BesGr. R 2 AZ nach FN 3** - : Direktor des AG (R 2) Tim Buschfort aus Kempen in Rheinberg; z. **Richter/in am AG**: Richter/in Timo Gehrling, Tim Herrmann u. Inga Obendiek in Düsseldorf.

Ausgeschieden:

Richterin am Landgericht Kirstin Wessely aus Mönchengladbach auf eigenen Antrag.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin Alexandra Lange.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Oberstaatsanwältin/Oberstaatsanwalt**: Staatsanwältin/Staatsanwalt Jeanette Boldt aus Wuppertal b. d. GStA, Holger Heming aus Essen b. d. GStA u. Dr. Katarina Margarete Köstner aus Düsseldorf b. d. GStA.

Ruhestand:

Staatsanwältin Marianne Jösch in Krefeld, Oberamtsanwalt (A 13 m. AZ.) Manfred Koch in Kleve u. Justizhauptsekretärin Jutta Heurich in Wuppertal.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin Sina Großblotekamp.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Rechtsanwältin / Rechtsanwalt (Neuzulassungen u. Aufnahmen):

Thomas Ackermann aus Düsseldorf, Adrian Bergenroth aus Düsseldorf, Jens Binding, M.Sc. aus Düsseldorf, Nils Bings, LL.M. (Washington D.C.) aus Düsseldorf, Svea Dettmann aus Düsseldorf, Stefan Dieker aus Düsseldorf, Juliane Dorothea Dost aus Düsseldorf, Mehmet Fidan aus Duisburg, Fabian Johannes Friebel aus Düsseldorf, Denise Frintz aus Düsseldorf, Eva Ria Jasmin Fritsch aus Düsseldorf, Jacqueline Gohr aus Kaarst, Silke Goldberg aus Düsseldorf, Behyad Hozuri aus Düsseldorf, Meral Ibis aus Düsseldorf, Viola Kemmer aus Düsseldorf, Malou König aus Düsseldorf, Peter Koppe aus Düsseldorf, Cathleen Krohn aus Düsseldorf, Dr. Manuel Lorenzo Alonso aus Düsseldorf, Heiner Möller aus Mülheim an der Ruhr, Joana Ney aus Düsseldorf, Lene Niemeier aus Düsseldorf, Petra Pallocks aus Düsseldorf, Claus Peters aus Kleve, Georg Heinrich Pott aus Düsseldorf, Schiwa Ranjbari Omidia aus Düsseldorf, Patrick Sasdrich aus Duisburg, Ina Schmidbauer aus Düsseldorf, Luca Schmidt-Bleibtreu aus Düsseldorf, Dr. Richard Stefanink aus Düsseldorf, Ron Stolle aus Düsseldorf, Bianca Strobel aus Mönchengladbach, Ulrike Thier aus Wesel, Anna Touppen aus Düsseldorf, Maximilian Tscherning aus Moers, Björn Viebrock aus Düsseldorf, Prof. Dr. Andreas Weitbrecht aus Düsseldorf, Christiane von Werden aus Düsseldorf, Dr. Hendrik Weßling aus Düsseldorf, Florian Zimmermann aus Düsseldorf.

Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt (Neuzulassungen u. Aufnahmen):

Sylvia Bajgiert aus Düsseldorf, Petra Cardinal aus Oberhausen, Dr. Andreas Karl aus Düsseldorf, Judith van Kell aus Düsseldorf, Daniel König aus Düsseldorf, Viktoria König aus Düsseldorf, Katrin Krawinkel aus Düsseldorf, Dr. Manuel Lorenzo Alonso aus Düsseldorf, Martina Raape aus Essen, Rachel Margarete Ristucci aus Mönchengladbach, Julia Schlimmerei aus Dinslaken, Karin Sommer aus Düsseldorf, Frederike Ventzke aus Düsseldorf, Artjom Wagner aus Meerbusch.

Aufnahmen nach EuRAG / Aufnahmen gemäß § 206 BRAO:

Max Küttner aus Düsseldorf, Ian Murphy, LL.M. aus Düsseldorf.

Löschungen als Rechtsanwältin / Rechtsanwalt:

Benedikt Basten aus Neuenhaus, Jessica Debosz aus Mülheim an der Ruhr, Anna-Lena Heescher aus Düsseldorf, Solaiman Uyani aus Düsseldorf.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Heinz-Jürgen Maas aus Gelsenkirchen, Kathrin Röhl aus Wittenberge.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Justizamtsrat**: Justizamtsmann Boris Woitinas in Dortmund, z. **Justizamtfrau**: Justizoberinspektorin Alexandra Pfeiff in Gelsenkirchen und Vanessa Kristalla in Marl, z. **Sozialamtfrau**: Sozialoberinspektorin Cornelia Pohl in Siegen, z. **Justizinspektorin**: Justizobersekretärin Jasmin Stiller in Gladbeck, Maren Laszewski in Gütersloh, Sara Handoko-Kress in Münster und Alexandra Schneider in Schwelm.

Ausgeschieden:

Richter am OLG Kay Holtgrewe.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Linos Gebker und Hannah Schmitz.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Justizamtfrau**: Justizoberinspektorin Teresa Kristin Stiefken in Hagen; z. **Justizhauptsekretärin**: Justizobersekretärin Bettina Bergmann-Kluth und Claudia Lauströer in Bielefeld; z. **Justizobersekretärin**: Justizsekretärin Monika Burghardt, Lisa Thannheuser und Lina Thun in Essen.

Ruhestand:

Oberregierungsrat Martin Franke in Bochum; Justizamtsinspektor/in Marlies Strieder in Bielefeld und Michael Hömberg in Menden; Justizhauptwachtmeister Jürgen Biere in Detmold.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Ernestos-Konstantinos Tschaschnig.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Bestellt zur Anwaltsnotarin/zum Anwaltsnotar:

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte Dr. Christian Hagemann in Barntrup, Dr. Florian Dallwig in Hamm, Eva-Maria Franik in Hamm, Sarah Nolte in Paderborn, Rechtsanwältin Kirsten Sagel Will, LL.M., in Bad Driburg.

Verlegung des Amtssitzes:

Rechtsanwältin und Notarin Simone Hammecke-Klüter von Iserlohn nach Hemer.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Dr. Detlev-Jürgen Dolle in Arnsberg, Wolf von Essen in Bochum, Hans-Georg Hunstig in Hövelhof, Ludger Stracke in Olpe, Eik Löffelbein in Siegen.

Entlassen aus dem Notaramt:

Rechtsanwalt und Notar Peter Ulrich Flörke in Spenge.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter/in am AG - als weitere/r Aufsicht führende/r Richter/in**: Richter/in am AG Julia Mertens, Erich Faber u. Torsten Wettich (z.Z. JM NRW) in Köln; z. **Richterin am LG**: Richterin Sabrina Tintelnot in Bonn; z. **Richter am AG**: Richter Sven Gißelbach in Eschweiler u. Tobias Kärbling in Gummersbach.

Versetzt:

Richterin Dr. Anna Mühlbauer vom AG Köln in den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg.

Ruhestand:

Sozialoberinspektorin Renate Frenzel in Bonn.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Susanna-Helene Wieser, Philipp Arbeiter u. Dr. Frederik Bockelmann.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Ersten Justizhauptwachtmeister**: Justizhauptwachtmeister Lothar Stammen v. d. GStA in Köln.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessorin Christiane Wolf.

LAG-Bezirk Düsseldorf

Ernannt:

z. **Richter am ArbG**: Richter Dr. Jan-Niklas Green in Oberhausen.

LAG-Bezirk Köln

Ruhestand:

Regierungsamtsinspektor Rudolf Merten in Siegburg.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Oberregierungsrätin**: Regierungsrätin Frida Hewing, jetzt JVA Willich I; z. **Sozialamtsrat**: Sozialamtsmann Ralph Lehnen in Geldern; z. **Regierungsoberinspektorin**: Regierungsinspektorin Robin Klingen in Geldern; z. **Sozialoberinspektorin**: Sozialinspektorin Veronika Schauß; z. **Betriebsinspektor**: Fred Plaß in Bielefeld-Brackwede; z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in**: Justizvollzugshauptsekretär/in Andrea Müller in Gelsenkirchen, Heinz-Dieter Schulz in Hagen, Jochen Gorißen in Kleve, Tanja Blasko u. Mathias Norres in der SoThA Gelsenkirchen ; z. **Justizvollzugshauptsekretär/in**: Justizvollzugsoberssekretär/in Benjamin Aschoff in Bielefeld-Brackwede, Jacqueline Kellermann in Hamm, Tim Abitz in der SoThA Gelsenkirchen.

Ruhestand:

Regierungsamtsinspektor mit Amtszulage Josef Zarod in Bielefeld-Senne, Betriebsinspektor mit Amtszulage Günter Raabe in Dortmund, Justizvollzugsamtsinspektor Wolfgang Philipp in Geldern, Justizvollzugsamtsinspektor Klaus Koltes in Remscheid, Justizvollzugsamtsinspektor Christian Bandemer in BielefeldSenne.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Das Land NRW sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb ausdrücklich Bewerbungen von Menschen mit Behinderung. Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen, vorbehaltlich gesetzlicher Regelungen, bevorzugt berücksichtigt.

Die folgenden Ausschreibungen richten sich ausdrücklich an Menschen jeglicher geschlechtlicher Identität sowie ausdrücklich auch an Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- | | |
|--------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | Präsidentin o. Präsident d. SG (R 3) in Duisburg |
| 1 | Vizepräsidentin o. Vizepräsident (R 3) b. d. LG Bielefeld |
| 1 | Vors. RichterIn o. Vors. Richter am OVG in Münster |
| 1 | Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LSG (R 3) in Essen |
| 1 | Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) b. d. LG Essen |
| 1 | RichterIn o. Richter am AG - als weit. Aufsicht führ. Ri.- (R 2) b. d. AG Essen |
| 1 | RichterIn o. Richter am AG - als weit. Aufsicht führ. Ri.- (R 2) b. d. AG Siegen |
| 1 | Oberstaatsanwältin o. Oberstaatsanwalt (R 2) b. d. GStA in Hamm |
| 1 o. mehrere | RichterIn o. Richter am LG Leverkusen
- für die planmäßige Anstellung von Richterinnen bzw. Richtern auf Probe aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Köln - |
| 1 | RichterIn o. Richter am AG in Gütersloh |
| 1 | RichterIn o. Richter am AG in Minden |
| 1 | RichterIn o. Richter am AG in Medebach
Die Besetzung dieser Stelle kann aus hauswirtschaftlichen Gründen derzeit nur durch eine Teilzeitkraft mit der Hälfte des regelmäßigen Dienstes erfolgen. |
| 1 | Oberamtsanwältin o. Oberamtsanwalt (A 13) b. d. StA Essen |
| 1 | Justizamtsrätin o. Justizamtsrat - Rechtspfleger/in - b. d. StA Münster |
| 3 | Regierungsüberinspektorin o. Regierungsüberinspektor b. d. JVA Willich I |

- 1 Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) für eine verantwortliche Schichtdienstleiterin / einen verantwortlichen Schichtdienstleiter im allgemeinen Vollzugsdienst b. d. JVA Düsseldorf
- die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Düsseldorf angefordert werden -
- 1 Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) - Leitung der Küche - b. d. JVA Duisburg-Hamborn
- das Anforderungsprofil kann b. d. Leiter der JVA Duisburg-Hamborn angefordert werden -
- 1 Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) - Bereichsleitung Dienstplanung - b. d. JVA Bochum
- das Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Bochum angefordert werden -
- 1 Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) - Sachbearbeitung für Angelegenheiten des IT-Bereichs - b. d. JVA Bochum
- das Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Bochum angefordert werden -
- 1 Justizvollzugshauptsekretärin o. Justizvollzugshauptsekretär b. d. Sozialtherapeutischen Anstalt Gelsenkirchen

Referentinnen / Referenten im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sind mehrere Stellen für Referentinnen/Referenten zu besetzen. Einzelheiten können der Veröffentlichung im Justizintranet (Bereich Justiz NRW / Ausschreibungen / Ausschreibung sonstiger Stellen) entnommen werden.

Leitung des Psychologischen Dienstes b. d. JVA Euskirchen

Bei der Justizvollzugsanstalt Euskirchen ist die Stelle der Leitung des Psychologischen Dienstes (Besoldungsgruppe A 15 LBesO A NRW) zu besetzen. Bewerbungen von Tarifbeschäftigten sind nicht ausgeschlossen. Das Anforderungsprofil kann bei dem Ministerium der Justiz des Landes NRW erbeten werden.

Ständige Vertretung der Leitung der JVA Hagen

Der vorgenannte der BesGr. A 15 LBesO A NRW zugeordnete Dienstposten ist demnächst neu zu besetzen. Bewerben können sich Angehörige der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt. Das Anforderungsprofil kann bei dem Ministerium der Justiz erbeten werden.

Geschäftsleiter/in der StA Paderborn

Der vorgenannte Dienstposten ist zum 01.07.2020 neu zu besetzen. Die Funktion ist derzeit in der Bandbreite den BesGr. A 12 und A 13 LBesO A NRW zugeordnet. Bewerben können sich alle Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2.1 (Sachbearbeiter/innen oder Rechtspfleger/innen), denen ein Amt bis zur BesGr. A 13 übertragen ist. Bewerbungen um Übertragung des Dienstpostens sind innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung auf dem Dienstweg an die Generalstaatsanwältin in Hamm zu richten.

Bereichsleiter/in Freizeitgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit b. d. JVA Bielefeld-Senne

Bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne ist die Stelle der Bereichsleiterin/des Bereichsleiters Freizeitgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit (A 9 m. AZ) zu besetzen. Die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Bielefeld-Senne angefordert werden.

Stellvertretende Bereichsleiterin / stellvertretender Bereichsleiter b. d. JVA Bielefeld-Senne

Bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne ist die Stelle der stellvertretenden Bereichsleiterin /des stellvertretenden Bereichsleiters (A 8 / A 9) einer Außenstelle mit Behandlungsschwerpunkt (Außenstelle Pavenstädt) zu besetzen. Die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Bielefeld-Senne angefordert werden.

Stellvertretende Bereichsleiterin / stellvertretender Bereichsleiter b. d. JVA Bielefeld-Senne

Bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne ist die Stelle der stellvertretenden Bereichsleiterin /des stellvertretenden Bereichsleiters (A 8 / A 9) einer Außenstelle mit Behandlungsschwerpunkt (Außenstelle Westerwiehe) zu besetzen. Die Stellenbeschreibung mit Anforderungsprofil kann b. d. Leiterin der JVA Bielefeld-Senne angefordert werden.

Rücknahmen

Die folgenden Ausschreibungen werden hiermit zurückgenommen:

2 Regierungsoberinspektorin o. Regierungsoberinspektor b. d. JVA Willich I
(JMBl. NRW Nr. 14 vom 15. Juli 2019)

1 Sozialamtfrau o. Sozialamtmann (A 11) b. d. JVA Duisburg-Hamborn
(JMBl. NRW Nr. 19 vom 15. November 2019)

Impressum für das Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Herausgeber

Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf
poststelle@jm.nrw.de

Schriftleitung und presserechtliche Verantwortung gemäß § 5 Telemediengesetz

Leitender Ministerialrat Detlef Heinrich

Redaktion

Amtsärztin Martina Bamberger
jmb@jm.nrw.de